

Ein stiftungsbasierter Rahmen für den Ausstieg aus der deutschen Braunkohleförderung in der Lausitz



**Institute for Energy Economics
and Financial Analysis**
IEEFA.org

Gerard Wynn und Javier Julve

Zusammenfassung

Deutschlands ehrgeizige Ziele als Antwort auf den Klimawandel umfassen auch den Ausstieg aus der Braunkohle – der Energiequelle mit dem höchsten Kohlenstoffausstoß – bis zum Jahr 2030.

Das Ziel dieser Studie ist es zu erheben, ob der private Sektor die Kosten der Rekultivierung von Bergwerken, damit die Abbaustätten wieder einer alternativen, produktiven Nutzung zugeführt werden können, zu tragen imstande ist. Das Institut für Energiewirtschaft und Finanzanalyse (Institute for Energy Economics & Financial Analysis – IEEFA) konzentriert sich auf das Lausitzer Braunkohlerevier in Ostdeutschland und die mit seiner Kohle versorgten Kraftwerke. Als dieser Bericht verfasst wurde, gingen die Förderstätten und Kraftwerke gerade vom staatlichen schwedischen Versorgungsunternehmen Vattenfall in das Eigentum eines privaten tschechischen Konsortiums, bestehend aus der Energetický a průmyslový Holding (EPH) und PPF Investments Limited, über. Dieser Verkauf hat eine Diskussion über eine langfristige Strategie für Kohlengruben und Kraftwerke ausgelöst, was diese Vermögenswerte zu einem aktuellen Thema macht.

Dem deutschen Gesetz entsprechend müssen Minenbetreiber für die Kosten der Rekultivierung aufkommen. Wir stellen jedoch zwei große Unsicherheiten fest. Erstens können Betreiber diese Verpflichtungen ungenau kalkulieren und deshalb unzureichende Rücklagen bilden. Zweitens legen sie möglicherweise keine ausreichenden Geldmittel zurück, um ihren Verpflichtungen, wenn diese fällig sind, auch nachkommen zu können. Die Frage, die sich im Zusammenhang damit stellt, ist, ob die Mutterkonzerne für ihre Tochterunternehmen zur Verantwortung gezogen werden können. Das IEEFA geht den ersten beiden Fragen nach, indem es die geschätzten Rekultivierungsverpflichtungen im Zusammenhang mit dem Lausitzer Braunkohlerevier mit den Cashflows der damit verbundenen Kraftwerke vergleicht. Gleichzeitig loten wir die institutionellen Rahmenbedingungen zur Durchführung eines Ausstiegs von 2018 bis 2030 aus.

Was die institutionellen Rahmenbedingungen betrifft, borgen wir uns Teile von deutschen Konzepten für einen Strukturwandel bei Kernkraft, Steinkohle und Braunkohle und schlagen vor, dass die Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Lausitzer Revier durch eine Stiftung abgewickelt werden sollen, vielleicht durch das öffentliche Unternehmen LMBV, das bereits über reichhaltige Erfahrung bei der Sanierung und Rekultivierung von Braunkohleminen und Kraftwerken im ehemaligen Ostdeutschland verfügt. Die neuen Eigentümer der Kraftwerke trügen weiterhin die volle Verantwortung für die Zurverfügungstellung der notwendigen finanziellen Ressourcen.

Was die Kosten betrifft, überprüften wir das Volumen der Verpflichtungen zur Minenrekultivierung und verglichen sie mit dem generierten Cashflow der angeschlossenen Braunkohlekraftwerke, um zu bestimmen, ob diese imstande sind, die Kosten für die Sanierungsarbeiten aufzubringen. Wir haben herausgefunden, dass Vattenfall die Höhe der Rekultivierungskosten mit 1,4 Mrd. EUR gegenüber 2,6 Mrd. EUR möglicherweise um die Hälfte unterschätzt hat. Es sei angemerkt, dass diese höheren Zahlen eine obere Schätzung darstellen, die auf historischen Daten für Sanierungskosten und der Größe des Lausitzer Reviers basieren. Eine so geartete Unsicherheit bezüglich der Ausmaße der Sanierungsverpflichtungen unterstreicht die Dringlichkeit für den deutschen Staat, eine eigene Kostenabschätzung für den Braunkohlektor in Auftrag zu geben, wie dies auch für die Sanierungskosten im Kernkraftbereich gemacht wurde.

Die obere Schätzung für die Sanierungskosten nimmt womöglich den Großteil der errechneten kumulativen Cashflows bzw. des Barwerts von 3,1 Mrd. EUR der

angeschlossenen Lausitzer Braunkohlekraftwerke in Anspruch, was deren Rentabilität bedroht.

Glücklicherweise können die Eigentümer sicherstellen, dass sie ihren Rekultivierungsverpflichtungen nachhaltig nachkommen werden. Bei der Vermögensübertragung von Vattenfall erhielten die Käufer auch 1 Mrd. EUR an Geldmitteln, die dem Unternehmen zugerechnet wurden. Hinzu kommen 0,6 Mrd. EUR an Kapazitätzahlungen für zwei Kraftwerksblöcke als Bereitschaftskapazitätsreserve. Das IEEFA schlägt vor, dass EPH und PPF Investments die Hälfte dieser unerwarteten Einnahmen, rund 0,75 Mrd. EUR, als Garantie für die Minenrekultivierung direkt in die Stiftung einzahlen. Zusätzlich schlägt die IEEFA vor, dass die Kraftwerke während der Ausstiegsperiode eine Abgabe von 3 EUR/MWh zahlen sollen, was weitere 1,5 Mrd. EUR ergibt. Das ist gerade einmal knapp ein Viertel des geschätzten durchschnittlichen nicht diskontierten Cashflows von 11,79 EUR/MWh bis 2030.

Vorausgesetzt, dass diese Mittel mit Vorsicht investiert werden, würden sie die obere Schätzung an Verpflichtungen von 1,4-2,6 Mrd. EUR problemlos abdecken. Dieser Vorschlag würde verhindern, dass der Braunkohleausstieg durch Steuergelder finanziert werden müsste; er würde einen nachhaltigen Weg für Deutschland zum Erreichen der Klimaziele vorzeichnen; und es den Eigentümern ermöglichen, ihre Kraftwerke die gesamte Ausstiegsphase hindurch profitabel zu betreiben.

Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerung

Das IEEFA kommt zu folgenden Schlüssen:

Es gibt in Deutschland ein bedeutendes Vorbild bezüglich eines Stiftungskonzepts, um den Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Lausitzer Braunkohlebergbau nachzukommen. Der Eigentümer und Betreiber der Minen und Kraftwerke bliebe für die Finanzierung der Verpflichtungen verantwortlich und würde direkte und regelmäßige Beträge an die Stiftung zahlen, die vielleicht von der LMBV verwaltet wird, welche durch ihre große Erfahrung hervorragend zur Abwicklung beitragen kann. Die Mittel würden mit Vorsicht investiert, um stabile finanzielle Ressourcen für die Minensanierung sicherzustellen, wenn diese fällig werden.

Vattenfall hat möglicherweise keine ausreichenden Rückstellungen für die Kosten der Rekultivierung ehemaliger Braunkohlebergwerke gebildet. Wir sind zu dem Schluss gelangt, dass bei Betrachtung der Sanierungskosten, die für LMBV pro Hektar anfallen, sich die wahren Verpflichtungen mit 2,6 Mrd. EUR auf fast auf das Doppelte von Vattenfalls Rücklagen belaufen, die lediglich 1,4 Mrd. EUR betragen. Eine so geartete Unsicherheit bezüglich der gesamten Rekultivierungsverpflichtungen unterstreicht die Dringlichkeit für den deutschen Staat, seine eigene Kostenabschätzung für den Braunkohlesektor in Auftrag zu geben, wie dies auch für die Sanierungskosten im Kernkraftbereich gemacht wurde.

Die geschätzten Sanierungskosten könnten die Rentabilität der angegliederten Braunkohlekraftwerke ernsthaft untergraben. Die oberen geschätzten Rekultivierungskosten würden in der Ausstiegsphase mehr als die Hälfte der kumulativen Cashflows von den Kraftwerken in Höhe von 3,1 Mrd. EUR ausmachen und somit die

Lebensfähigkeit des Braunkohlegeschäftes bedrohen. Als Folge müsste wohl der deutsche Steuerzahler Geld zuschießen, um entweder die Kraftwerke zu subventionieren oder die fehlenden Geldmittel für eine Rekultivierung der Kohlenreviere zu ersetzen, oder beides.

Wir kommen zu dem Schluss, dass die Braunkohlekraftwerke in der Lausitz Schwierigkeiten bei der Aufbringung der Geldmittel für die Rekultivierung der angeschlossenen Kohlenreviere haben könnten. Angesichts der Tatsache, dass die Eigentümer laut deutschem Bundesberggesetz und dem Verursacherprinzip verpflichtet sind, die Kosten zu tragen, könnten zusätzliche Ressourcen notwendig sein.

Glücklicherweise erhalten die Käufer EPH und PPF Investments bei der Vermögensübertragung von Vattenfall 1 Mrd. EUR an Geldmitteln. Hinzu kommen 0,6 Mrd. EUR an Anteilzahlungen für zwei Kraftwerksblöcke, die als Kapazitätsreserve bereitstehen. Das IEEFA schlägt vor, dass diese Geldmittel als Starthilfe in eine Stiftung, die für die Minenrekultivierung verantwortlich wäre, investiert werden sollten. Diese Stiftung würde wiederum auf Kapitalmärkten investieren, um ihre Kapitalbasis zu diversifizieren.

Wir schlagen zusätzlich eine Abgabe von 3 EUR pro produzierter MWh durch die Kraftwerke vor, die jährlich in die Stiftung eingezahlt wird, abhängig von den tatsächlich anfallenden Kosten für die Rekultivierung. Diese Abgabe sollte leistbar sein angesichts eines geschätzten generierten durchschnittlichen Cashflows der Kraftwerke während der Ausstiegsperiode in der Höhe von 11,79 EUR/MWh. Gemeinsam sollten diese Mittel einen nachhaltigen Betrieb der Kraftwerke bis zur Schließung 2030 ermöglichen und auch die Sanierungsverpflichtungen in vollem Maße decken, ohne dass der Steuerzahler Geld zuschießen müsste (siehe Abbildung 7).

Abbildung 7. Die neuen Eigentümer des Lausitzer Braunkohlereviere können zur Deckung ihrer Rekultivierungsverpflichtungen einen Teil der unerwarteten Einnahmen aufwenden

